

Rede zu Protokoll gegeben!



**Wolfgang Kubicki, MdL**  
*Vorsitzender*

**Christopher Vogt, MdL**  
*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

Nr. 132/2017  
Kiel, Freitag, 24. März 2017

Wirtschaft/Gründer

## Christopher Vogt: Ein Gründergeist ist elementar für Fortschritt und Wohlstand für Schleswig-Holstein

In seiner Rede zu TOP 30 (Gründergeist für Schleswig-Holstein) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die Zahl der Unternehmensgründungen geht in Schleswig-Holstein schon seit mehreren Jahren zurück – das ist nicht nur bei uns im Norden so, sondern leider auch ein bundesweiter Trend. Aber weder Bundes- noch Landesregierung scheinen zu begreifen, was das für den Wirtschaftsstandort Deutschland bedeutet. In einem vom Mittelstand geprägten Land sich nur auf die Innovationen von großen Unternehmen zu verlassen, ist schlichtweg fahrlässig. Zumal besonders große Unternehmen von der Flexibilität und dem Innovationsgeist von Start-Ups profitieren und sich zusehends eigene Förderprogramme für Kooperationen leisten. Der Mittelstand hat diese Möglichkeiten nicht, weshalb die Politik ein Interesse daran haben muss, die Vernetzung zwischen Unternehmen und Gründern voranzubringen und Möglichkeiten zu schaffen, nachhaltige Kooperationen aufzubauen und damit die Innovationskraft von Start-Ups, vom kleinen bis zum großen Unternehmen, nutzen zu können.

Aus diesem Grund haben wir Ihnen heute einen umfassenden Antrag aus landes- und bundespolitischen Forderungen vorgelegt, um zu zeigen, wie elementar ein Gründergeist für Fortschritt und Wohlstand für Schleswig-Holstein, aber auch für Deutschland als Wirtschaftsstandort ist. Wir haben deshalb ganz bewusst die Stärkung der Gründerkultur an den Anfang des Antrags gesetzt. Ein Klima der zweiten und dritten Chance ist für uns die Grundvoraussetzung, damit sich wieder mehr Menschen für das Gründen entscheiden und sich eben nicht vor einer Stigmatisierung fürchten, die nicht nur persönlich schwer zu ertragen ist, sondern sich sogar wirtschaftlich nachteilig für die Betroffenen und damit am Ende auch für die Wirtschaft als Ganzes auswirken kann. Insbesondere bei der zunehmend

schwierigen Frage der Unternehmensnachfolge spielt es eine bedeutende Rolle, wie wir unsere Unternehmer als Gesellschaft wahrnehmen.

Das Entfachen von mehr Gründergeist ist aber eben auch eine Frage der Rahmenbedingungen, die sowohl im Land, als auch im Bund viel stärker an die Bedürfnisse von Gründern angepasst werden müssen. Der Staat ist hier zu häufig Kostentreiber und Innovationsbremse zugleich. Wir haben Ihnen dies ganz praktisch in Einzelmaßnahmen, wie den One-Stop-Shop als zentrale Anlaufstelle oder das bürokratifreie Jahr für Gründer, in unserem Antrag dargelegt, wo das Land ansetzen kann und handeln sollte. Dazu braucht es eben andere Hebel als das von Ihnen beschlossene Tariftreue-Gesetz, dass durch mehr Bürokratismus vor allem kleine und mittlere Unternehmen benachteiligt und damit eben auch vor allem Gründer.

Im Zeitalter der Digitalisierung muss es doch möglich sein, seine Geschäfte möglichst dezentral regeln zu können und die Verfahren hierzu, z.B. bei der Steuererklärung, deutlich zu vereinfachen. Deshalb fordern wir, endlich Kräfte zu bündeln und die Vernetzung der Akteure voranzubringen, um die digitale Verwaltung heute schon Realität werden zu lassen.

Das Thema Vernetzung spielt auch in der Bildungspolitik eine entscheidende Rolle. Ein besonderer Fokus muss hier darauf liegen, Wirtschaftsinhalte verstärkt in die Schulen zu bringen, um junge Leute früh vom Gründen zu begeistern und so Kooperationsplattformen für Unternehmen und Gründer zu schaffen und die Schüler praxisnah an das Thema heranzuführen.

Ein weiterer Schwerpunkt muss aber auch darauf liegen, da wo innovatives Wissen für Gründungsideen vorhanden ist, dieses viel stärker aufzunehmen. Dazu wollen wir Ausgründungen aus Hochschulen rechtlich erleichtern, Kooperation zwischen Unternehmen und wissenschaftlichen Instituten fördern und die Zahl der Lehrstühle für Entrepreneurship vergrößern. Wichtig ist hier, auch das Handwerk zu betonen, das häufig in der Debatte viel zu kurz kommt, aber erheblich durch die Ausbildung von Fachkräften zu neuen Gründungsideen beiträgt. Das wollen wir nutzen und Meisterschulen zu echten Gründerzentren weiterentwickeln.

Häufig bleibt es bei den Maßnahmen zur Förderung von Unternehmensgründungen nur bei reiner Kosmetik. Die Landesregierung verschickt hier Förderbescheide, um die Unterstützung der bereits sich selbst entwickelnden Gründerkooperationen im Land zu unterstützen. Das ist lobenswert, aber bei Weitem nicht genug, um wirklich etwas für die Gründerkultur im Land zu bewirken. Entscheidend ist, dass endlich mehr privates Investitionskapital generiert werden kann. Das ist im letzten Jahr sogar nochmal weiter hinter die staatliche Förderung als Finanzierungsquelle für Gründungen zurückgefallen. Dazu müssen wir uns auch ein Stück weit internationaler aufstellen, die Voraussetzungen für ein Einwanderungsgesetz schaffen, um gezielt Fachkräfte anwerben zu können, und ein Venture-Capital-Gesetz auf den Weg bringen.

Immer noch wollen viel sehr viele Absolventen einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst nachgehen anstatt in der Wirtschaft zu arbeiten bzw. sich selbstständig machen. Gleichzeitig geht die Gründungsquote immer weiter runter. Der Anteil Schleswig-Holsteins an den Startups in Deutschland stag-

niert auf niedrigem Niveau und beträgt nach wie vor nur 1,9 %. Das kann uns nicht zufrieden stellen. Wir müssen uns fragen, wer den Wohlstand unseres Bundeslandes denn erwirtschaften soll, wenn wir nicht diejenigen stärken, die sich selbst etwas aufbauen wollen und damit auch Verantwortung für unsere Gesellschaft übernehmen. Schleswig-Holstein hat hier großes Potential - nicht nur mit der uns jedes Jahr bescheinigten hohen Lebensqualität - sich als Gründerland in Europa zu positionieren. Das Beispiel der Region Hannover-Oldenburg zeigt, dass das Start-Up-Ökosystem in Deutschland erstens im internationalen Vergleich dezentraler angeordnet ist und dass die Entwicklung neuer Gründer-Hotspots noch lange nicht abgeschlossen ist. Diese Entwicklung zu mehr Eigenverantwortung und Freiheit darf nicht an uns vorübergehen, deshalb bitte ich um Zustimmung für den Antrag.“